

Wahlprüfstein DIE LINKE

frauen* in bunt

frauen* in bunt- Manifest und Forderungen

frauen* in bunt möchte Position beziehen gegen den sich in der Mitte der Gesellschaft ausbreitenden Rechtspopulismus, der einher geht mit Sexismus, Homophobie und Rassismus und der zerstören will, was die Zivilgesellschaft über viele Jahre erkämpft hat.

frauen* in bunt ist eine Initiative von Frauen* aus dem Raum Bonn/Köln/Eifel, gegründet im Wahljahr 2017, die ihre feministische Perspektive in die Diskussion bringen und für eine geschlechtergerechte, demokratische, solidarische, vielfältige und inklusive Gesellschaft streiten möchte.

Wir fordern die uneingeschränkte Anerkennung und Umsetzung der Rechte von Frauen*

1. Frauen*rechte sind Menschenrechte und als solche unteilbar und unveräußerlich. Wir wenden uns gegen jedwede Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Hautfarbe, ihres Flucht- oder Migrationshintergrundes oder sonstiger Merkmale. Armut, von der nach wie vor überwiegend Frauen* und Kinder betroffen sind, führt zu Diskriminierung und Ausgrenzung und muss daher wirkungsvoll bekämpft werden. Frauenrechte und Fortschritte in der Gleichstellung dürfen nicht wieder abgebaut, sondern müssen weiter entwickelt werden - denn über die Hälfte der Bevölkerung wird immer noch eklatant benachteiligt und diskriminiert!

Wir fordern die demokratischen politischen Parteien dazu auf, sich konsequent für die Umsetzung von Art. 3 Grundgesetz einzusetzen, z.B. gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, gleicher Zugang zu Bildungs-, Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Darüber hinaus fordern wir eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Sorge-Arbeit und eine breite gesellschaftliche Kontrolle über und Teilhabe an den ökonomischen und ökologischen Ressourcen.

Art. 3 Grundgesetz fordert die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter und nicht nur die formale vor dem Gesetz. Für DIE LINKE ist Gleichstellung - nicht nur deshalb - immer auch eine soziale Frage, die sie mit zahlreichen Maßnahmen bearbeiten will. Zur Erreichung der Entgeltgleichheit haben wir ein gleichstellungspolitisches Gesamtpaket erarbeitet: Wir wollen Minijobs sozialversichern und einen gesetzlich verbindlichen, flächendeckenden, armutsfesten Mindestlohn von 12 Euro einführen. Wir wollen ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz, das ein Verbandsklagerecht und Lohnvergleichsverfahren wie eg-check enthält. Ein solches Gesetz greift für alle Betriebe, wenn Frauen am gleichen Arbeitsplatz in eine niedrigere Lohn- bzw. Gehaltsgruppe eingestuft werden und umfasst auch die Analyse bestehender Tarifverträge und die Entwicklung diskriminierungsfreier Eingruppierungsregelungen. Darüber wollen wir die Aufwertung der „SAHGE-Berufe“ vorantreiben.

DIE LINKE wird das Ehegattensplittling abschaffen. Lediglich ein nicht ausgeschöpfter Grundfreibetrag soll zwischen verheirateten oder verpartnerten Paaren steuerlich noch übertragbar sein - das entspricht auch der geltenden maximalen steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltszahlungen zwischen Nichtverheirateten bzw. Nichtverpartnerten. Ehepaare mit unterem oder und mittlerem Einkommen werden durch den Wegfall des Ehegattensplittlings nicht zusätzlich belastet, da gleichzeitig der Einkommensteuertarif zu ihren Gunsten geändert wird. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für die Streichung der zahlreichen weiteren steuerlichen Vergünstigen ein, die für die Zusammenveranlagung von Ehepaaren, insbesondere im Einkommen- und im Erbschaftsteuerrecht, existieren.

Da unser Rentensystem derzeit überwiegend auf Erwerbsarbeit ausgerichtet ist, werden die arbeitsmarktorientierten Gleichstellungsmaßnahmen auch positiv auf die Rente von Frauen auswirken. Aber wir wollen auch konkret rentenpolitisch handeln: Wir wollen, dass für jedes Jahr Kindererziehung, egal ob in Ost oder West, egal ob vor oder nach 1992, 93 Euro Rente pro Monat gutgeschrieben werden. Wir wollen, dass Zeiten niedriger Löhne in der Rente wieder aufgewertet werden. Dazu wollen wir die so genannte Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und ausweiten. Für alle, die trotz dieser Schritte kein ausreichendes Alterseinkommen haben wollen wir die Solidarische Mindestrente einführen. Wer im Alter kein großes Vermögen oder kein ausreichendes Einkommen hat, dessen/deren Alterseinkommen wird aus Steuermitteln auf 1050 Euro angehoben. Wir wollen ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges beitragsfreies Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder schaffen: Darauf sollen Kinder einen Rechtsanspruch haben, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Es muss den unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Bei der Bereitstellung von Kita-Plätzen gilt der tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig ermittelte Quote. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen.

DIE LINKE thematisiert das Grundeinkommen wie viele soziale Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Verbände.

Dabei ist DIE LINKE nicht entschieden, wir wollen die kontroversen Diskussionen weiterführen. Auch deshalb unterstützt DIE LINKE die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.

Wir setzen uns ein für Gewaltfreiheit und für Vielfalt statt Einfalt

2. Eine bunte, multikulturelle Gesellschaft, in der die Menschen sich gegenseitig respektieren, wertschätzen und voneinander lernen, ist

die beste Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben bei gleichzeitiger gegenseitiger Bereicherung. Jede Form von Gewalttätigkeit gegen Menschen muss geächtet werden. Die immer noch gesellschaftlich geduldete Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* - ob in sexualisierter Form, ob physischer, psychischer oder sonstiger Art- ist auf allen Ebenen zu bekämpfen. Aber auch den Angriffen gegen Geflüchtete, den sich mehrenden Gewalttaten gegenüber LGBTIQ* und den zunehmenden Bedrohungsinszenierungen durch rechtsnationale Kräfte im öffentlichen Raum treten wir entschieden entgegen.

Wir erwarten von den demokratischen politischen Parteien eine Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik, die Solidarität, Vielfalt, Dialog und Zusammenarbeit fördert. Wir fordern, dass endlich umfassende politische, gesellschaftliche und rechtliche Voraussetzungen für ein Leben ohne Gewalt geschaffen werden.

Sexualisierte Belästigung und Gewalt gegen Frauen sind nur die Spitze des Eisbergs, sie gründen in einem tieferehenden gesellschaftlichen Sexismus, der in Deutschland traurige Alltagsrealität ist. Um sexualisierter Gewalt effektiv zu begegnen, wollen wir daher gegen Geschlechterdiskriminierung in all ihren Erscheinungsformen aktiv werden. DIE LINKE möchte einen „Runden Tisch gegen Sexismus“ einrichten, der alle staatlichen Ebenen und zivilgesellschaftliche Akteure zusammenbringt, um einen bundesweiten Aktionsplan zu entwickeln (Bundestags-Drucksache 18/8723). Dieser soll u.a. Programme geschlechtersensibler Pädagogik enthalten, um Rollenklischees frühzeitig aufzubrechen, ebenso wie Maßnahmen im Bereich der medialen Darstellung, wie etwa eine Geschlechterquotierung bei der öffentlichen Filmförderung und die Unterbindung sexistischer Werbung, damit neue Rollenbilder auch wirklich sichtbar werden. Darüber hinaus sind Fortbildungen von Polizei und Justiz zum Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt vorgesehen.

DIE LINKE wird ein Gesetz schaffen, in welchem ein diskriminierungsfreier Rechtsanspruch auf sofortigen Schutz und umfassende Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder geregelt ist. Er gilt unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlicher Einschränkung oder Behinderung. Dieser Rechtsanspruch muss zwingend so gestaltet sein, dass er keine Nachweispflichten enthält, die die betroffenen Frauen zusätzlich belasten oder ihre Sicherheit gefährden. Nur ohne solcherart Nachweispflichten wird DIE LINKE einen Rechtsanspruch einführen. Ein gesetzlich verankerter Rechtsanspruch auf Schutz bei häuslicher Gewalt würde den Ausbau der notwendigen Infrastruktur forcieren. Die Finanzierung muss dabei dauerhaft und verbindlich sichergestellt und die finanzielle Verantwortung zwischen Bund und Ländern so geregelt werden, dass eine bedarfsgerechte Infrastruktur entwickelt werden kann.

DIE LINKE will eine vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention auf allen Ebenen. Der von der Bundesregierung erklärte Vorbehalt zu Art 59 Abs. 2 und 3 muss unverzüglich zurückgenommen werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das vom Ehemann bisher abhängige Aufenthaltsrecht aufgehoben und in ein eigenständiges Aufenthaltsrecht umgewandelt wird. In Bezug auf geflüchtete Frauen möchte Die LINKE dauerhaft finanzierte Schutzkonzepte für Gemeinschaftsunterkünfte und geschultes Betreuungspersonal, das diese auch in der Praxis umsetzen kann. Übergriffe auf geflüchtete Frauen und Kinder können vor allem deshalb geschehen, weil die Unterbringung in großen Einrichtungen keine Privatsphäre und keinen Schutzraum bietet (Räume sind oft nicht abschließbar, gemeinsame Nutzung von sanitären Anlagen usw.). Perspektivisch tritt DIE LINKE deshalb für eine dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein, möglichst in privaten Wohnungen. Das ist nicht nur menschenwürdig und fördert die Integration, sondern erhöht auch den Schutz vor Gewalt.

Wir wollen eine lebendige Demokratie und widersetzen uns dem zunehmenden Rechtspopulismus und jeglichen autoritären Machtbestrebungen

3. Es gilt, das demokratische System zu erneuern und so zu gestalten, dass die Teilhabe Aller an politischen Entscheidungen gewährleistet ist. Die Demokratien in Europa und weltweit sind gefährdet durch rechtspopulistische Kräfte, die auf die Errichtung autoritärer Machtssysteme hinarbeiten. Wir setzen uns im Zusammenwirken mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften für eine erneuerte, teilhabeorientierte Demokratie ein und wenden uns aktiv gegen ihre offene oder schleichende Unterwanderung.

Wir fordern die demokratischen politischen Parteien auf, klar Position gegen den sich in der Mitte der Gesellschaft ausbreitenden Rechtspopulismus zu beziehen und nicht aus wahltaktischen Gründen rechte Positionen zu übernehmen oder ihnen eine Bühne zu geben.

DIE LINKE. will beim Kampf gegen Rechtspopulismus an den Ursachen ansetzen: am vorhandenen Demokratiedefizit und an der (auch) sozialen Verunsicherung vieler Menschen angesichts einer neoliberal entgrenzten und kapitalistisch dominierten Globalisierung. Alle Untersuchungen zum Rechtspopulismus sehen einen Zusammenhang zwischen dessen Aufstieg und dem Eindruck vieler Menschen, ihre Stimme, ihre Beteiligung sei in der etablierten Politik nicht mehr gefragt. DIE LINKE. will über eine deutliche Ausweitung demokratischer Beteiligung, über die Verankerung von Verfahren der Volksgesetzgebung im Grundgesetz, Volksbegehren und die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung in allen Bereichen (Betrieb, Ausbildung etc.) diesem Demokratiemangel entgegenzutreten und den rechten Populisten das Wasser abgraben.

DIE LINKE. steht für eine Umverteilung von oben nach unten und will einer kapitalistisch geprägten Globalisierung eine solidarische Welt von unten entgegensetzen. Rassismus, Ausgrenzung und Nationalismus sind u.a. eine Reaktion auf die Unsicherheiten und prekären Lebensbedingungen im neoliberalen Kapitalismus. Das rechtfertigt diese Reaktion nicht, erklärt sie aber zum Teil (wenngleich es auch weitere Ursachen für den Aufstieg des Rechtspopulismus gibt). Mittelfristig lässt sich der Rechtspopulismus nur durch eine grundsätzlich andere soziale Politik und die Überwindung des neoliberalen Kapitalismus zurückdrängen, wofür DIE LINKE. steht.

Wir setzen uns ein für ein gerechtes und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem hier und weltweit

4. Der globale Neoliberalismus mit seinen entfesselten Finanzmärkten, seinem Wachstumswahn und seiner Profitgier richtet die Menschheit und den Planeten zugrunde. Die weltweite Ungleichverteilung nimmt rasant zu, der wachsende Reichtum Weniger speist sich aus der Verarmung immer größerer Teile der Weltbevölkerung - und Armut ist nach wie vor weiblich. Weitere Folgen der herrschenden Wirtschaftslogik sind die Zerstörung der Natur, der Klimawandel, die Zunahme von Kriegen und gewaltsamen Konflikten, die Ausbreitung extremistischer Bewegungen und - für immer mehr Menschen weltweit - die überlebensnotwendige Flucht oder Migration. Wir fordern einen grundlegenden Wertewandel in der Ökonomie. Gesellschaft, Wissenschaft und Politik sind dazu aufgerufen, ein sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltiges und geschlechtergerechtes Wirtschaftssystem zu entwickeln und umzusetzen, das den Bedürfnissen aller Menschen und dem Erhalt des Planeten dient.

Wir fordern die demokratischen politischen Parteien dazu auf, die Debatte darüber zu führen und schon jetzt deutliche Schritte in dieser Richtung in ihre Programme aufzunehmen. Wirtschaftspolitik muss sich orientieren an den Werten einer Ökonomie der Genügsamkeit und des „Guten Lebens“. Wir erwarten daher wirtschafts-, außen- und entwicklungspolitische Programme der Parteien.

Solidarische Gemeinschaftsformen und eine (geschlechter)gerechte Verteilung von Ressourcen zu stärken:

DIE LINKE kämpft für eine solidarische, gerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen Krieg und Rüstungsexporte, gegen Landraub, für faire Produktionsverhältnisse, für Demokratie und Menschenrechte, weltweit. DIE LINKE setzt sich in allen Ländern und auf allen Ebenen politisch und in der Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Menschenrechte ein. Alle Menschenrechte - einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen - müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.

DIE LINKE stellt Geschlechtergerechtigkeit, die Gleichstellung aller Lebensentwürfe sowie sexueller Orientierungen und Identitäten in ein Gesamtkonzept einer gesellschaftlichen Emanzipation und eines „linken Feminismus“. Es ist Zeit für eine radikale Umverteilung von Erwerbsarbeit und Sorge-Arbeit. Noch immer leisten Frauen den Löwenanteil der sogenannten Sorge-Arbeit. Dabei steht die Sorge um sich und andere im Zentrum einer solidarischen Gesellschaft.

Regionalisierte, sozial kontrollierbare Wirtschaftskreisläufe zu ermöglichen und zu schützen und den zunehmenden Land- und Ressourcenraub zu bekämpfen:

DIE LINKE tritt dafür ein, das Recht auf Nahrung weltweit umzusetzen. Landraub und die Spekulation mit Nahrungsmitteln müssen verboten werden. Wir wollen Ernährungssouveränität fördern statt der Zusammenarbeit mit der Agroindustrie. Wir setzen uns dafür ein, dass Rohstoffe angemessen bezahlt und ihre Verarbeitung und Wertschöpfung in den Herkunftsregionen gezielt gefördert werden. Dazu müssen die Länder des Südens entgegen den Freihandelsdiktaten die lokalen und regionalen Märkte vor Billigimporten und die Weiterverarbeitung im Land durch Ausfuhrzölle schützen können.

DIE LINKE möchte demokratische öffentliche und genossenschaftliche Eigentumsformen fördern. Sie können in Zukunft im Mittelpunkt einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsweise stehen, einer demokratischen, sozialistischen und ökologisch nachhaltigen Zukunftswirtschaft. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

Eine natur- und klimagerechte Produktion zu fördern, die den Grundbedürfnissen (entsprechende der UN-Menschenrechtserklärung) entspricht und ihnen ein Leben in Würde gewährleistet:

DIE LINKE ist die Partei der internationalen Solidarität. Die acht reichsten Menschen auf der Welt besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger als zwei Dollar am Tag. Wir brauchen einen gerechten Welthandel und eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung, die hohen ökologischen und sozialen Standards gerecht werden. Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist eine direkte Prävention gegen Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen den Reichtum radikal umverteilen und die ungerechten weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass alle Menschen sich sozial, kulturell und politisch entfalten können. Hierfür bilden die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UNO eine wichtige Grundlage.

Die Bundesregierung muss das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnen, das Einzelpersonen bei Verletzung dieser Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht. Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Soziale Grundrechte - entsprechend der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarates - müssen von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.

Auf UN-Ebene wollen wir einen Kompensationsfonds für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus einrichten, der von den Industriestaaten finanziert wird. Zusätzlich fordern wir einen solidarischen Wissens- und Technologietransfer für eine Energiewende in den Ländern des Südens. Die Klimafinanztransfers Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Milliarden Euro jährlich ansteigen und zum Großteil zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden.

Wirksame Maßnahmen zu ergreifen gegen die fortgesetzte Begünstigung der Reichen zu Lasten der (vor allem weiblichen)

Mehrheit der Weltbevölkerung (z.B. durch Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte, Abschaffung von Steueroasen, Ablehnung von Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA, Verhinderung der weiteren Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft, Bekämpfung der Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte hier und im globalen Süden):

DIE LINKE. fordert ein gerechtes internationales Steuersystem und die Trockenlegung von Steueroasen. Durch Steuerflucht und Steuervermeidung verlieren die Länder des Südens jährlich 100 Milliarden Dollar - weit mehr, als sie umgekehrt an Entwicklungsgeldern erhalten -, die für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung dringend gebraucht werden.

Den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA setzt DIE LINKE an der Seite hunderttausenden von Menschen Widerstand entgegen. Das gleiche gilt für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den AKP-Staaten und andere unfaire Handelsabkommen der EU mit den Ländern des globalen Südens. DIE LINKE. will die deutschen Konzerne verpflichten, weltweit die sozialen und ökologischen Standards einzuhalten und die demokratischen Rechte zu wahren. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit wollen wir verbieten. Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Deshalb unterstützen wir den sogenannten Treaty-Prozess der Vereinten Nationen, der ein weltweites Unternehmensstrafrecht einführen will und von den EU-Staaten, einschließlich Deutschlands, bisher blockiert wird. Wir unterstützen Bemühungen der eigenständigen regionalen Integration, wie zum Beispiel ALBA und CELAC in Lateinamerika, sowie eine gleichberechtigte und solidarische Süd-Süd-Kooperation.

DIE LINKE tritt für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Wir kämpfen dafür, dass in der Wirtschaft gilt: Menschen und Natur vor Profite. Nur wenn die Macht von profitorientierten Großkonzernen gebrochen und Entscheidungen über Investitionen in Schlüsselbereichen der Wirtschaft demokratisch getroffen werden, können der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaftsstruktur und die Digitalisierung auch sozial gerecht und am Gemeinwohl orientiert gestaltet werden. Der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft betrifft die gesamte Art und Weise, wie und was wir produzieren und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt und verwendet wird.

Rüstungsproduktion und -exporte zu stoppen:

Wir brauchen eine aktive Friedenspolitik! Die Vorherrschaft des Militärischen muss beendet werden. Wir wollen alle deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen zurückziehen und Rüstungsexporte verbieten. Wir setzen auf die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und völkerrechtlicher Mechanismen einer nichtmilitärischen Konfliktlösung. In allen Ländern müssen die Bevölkerungen das Recht haben, über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung selbst zu bestimmen. DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir wollen, dass sich Deutschland an das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte in ihrer Gesamtheit der bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte hält. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte gegen das Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegehung zu missbrauchen. Menschenrechte sind universell und unteilbar.